

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 pptrn d

Inhalt

40. Jahrgang / 190

4. Oktober 1985

Dr. Axel Wernitz MdB wirft den Koalitionsparteien vor, die Arbeit des Bundesbeauftragten für den Datenschutz zu beeinträchtigen: Gestörtes Verhältnis zum Datenschutz.
Seite 1

Hans Urbaniak MdB weist darauf hin, daß auch kleine und mittlere Unternehmer von der Wende-Politik betroffen sind: Pleiten-Rekord.
Seite 3

Hans Peters MdEP befaßt sich mit Edmund Grubers Äußerungen zum Gorbatschow-Vorschlag: Nebel-Werfer im TV.
Seite 4

Dokumentation:

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Hans-Jochen Vogel, hat der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) ein Grußwort übermittelt, das wir im Wortlaut veröffentlichen.
Seite 5

Gestörtes Verhältnis zum Datenschutz

Koalitionsparteien wollen dem Bundesbeauftragten die erforderlichen Personalstellen verweigern

Von Dr. Axel Wernitz MdB
Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Bereits bei der Mitberatung des Haushalts 1985 war der Innenausschuß des Bundestages einvernehmlich der Auffassung, daß bei den Planungen für den Haushalt 1986 geprüft und entschieden werden muß, ob und inwieweit aufgrund der stark anwachsenden Arbeitsbelastung im Amt des Bundesbeauftragten für den Datenschutz in Wahrnehmung des gesetzlichen Auftrags zusätzliche Planstellen bereitgestellt werden müssen. Ein SPD-Antrag, zusätzliche Stellen bereits im Haushalt '85 bereitzustellen, wurde von der Koalition abgelehnt.

Für die Haushaltsmitberatung 1986 im Innenausschuß hatte der Bundesbeauftragte für den Datenschutz erneut die seit 1983 erheblich angewachsene Arbeitsbelastung seiner Dienststelle dargelegt und vier zusätzliche Stellen für zwei Referenten und zwei Sachbearbeiter angemeldet. Die Begründung für diese eher bescheidene Anforderung war überzeugend; ausgelöst durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz 1983, in der neue Maßstäbe an datenschutzrechtliche und datenverarbeitungsrelevante Vorschriften und Maßnahmen vorgegeben wurden, ist der Bundesbeauftragte für den Datenschutz in bisher ungewohntem Umfang zu Stellungnahmen und Ratschlägen zu Gesetzesvorhaben und anderen einschlägigen Maßnahmen gebeten worden.

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/2:7
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Herstellung durch
die sozialdemokratische
Kunst- und
Papierfabrik



1984 wurden Stellungnahmen zu mehr als 28 Gesetzgebungsvorhaben oder sonstigen Datenverarbeitungs-Projekten abgegeben. Hinzu kamen notwendige Datenschutzkontrollen bei Bundesbehörden und Leistungsträgern der Sozialversicherung und die Beantwortung von Bürgereingaben. Schließlich mußte die Dienststelle in zahlreichen Ausschusssitzungen des Bundestages präsent sein. Es müßte für Parlament und Regierung eigentlich alarmierend sein, wenn der Bundesbeauftragte für den Datenschutz feststellt: „Eine große Anzahl systematischer Datenschutzkontrollen, die eingeplant waren, mußte mangels Arbeitskapazität entfallen; Beratungen, zu denen der BfD gesetzlich verpflichtet ist, mußten unterbleiben.“ Die Vertreter der Bundesregierung haben die vier zusätzlichen Stellen mit der absolut unverständlichen Begründung abgelehnt, daß zukünftig mit einem Rückgang des Arbeitsanfalls bei der Datenschutz-Dienststelle zu rechnen sei. Die Koalition hat sich diese Auffassung zu eigen gemacht und den konkreten Antrag der SPD auf Zuweisung der beantragten vier Stellen abgelehnt.

Wenn es bei dieser Entscheidung bleibt, tragen CDU/CSU und FDP die Verantwortung dafür, daß der Bundesbeauftragte für den Datenschutz seinen gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachkommen kann. Das Koalitionsvotum dokumentiert einmal mehr das gestörte Verhältnis der Koalition zu den Belangen des Datenschutzes. Es ist das Gegenteil von politischer Glaubwürdigkeit, wenn man zwar vordarig für den Datenschutz im Innenausschuß redet; dort wo es konkret zur Nagelprobe kommt, aber dagegen handelt. Die Koalition hat mit ihrem Nein zu einer Verbesserung der Arbeitsfähigkeit der Datenschutz-Dienststelle dem Datenschutz einen schwarzen Tag beschert.

(-/4.10.1985/vo-he/rs)

+ + +



Pleiten-Rekord

Die Wende-Politik verursacht nicht nur die größte bisherige Massenarbeitslosigkeit, sondern auch eine steigende Zahl von Zusammenbrüchen kleiner und mittlerer Unternehmen

Von Hans Urbaniak MdB
Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

In ganzseitigen Anzeigen verbreitete die CDU/CSU im November 1982, daß die SPD alleine für die Unternehmenszusammenbrüche verantwortlich zu machen sei. Die Unionsparteien gaukelten den Selbständigen vor, daß mit ihrer Regierungsübernahme alle Probleme kleiner und mittlerer Unternehmen gelöst würden. Mit der berühmten „Wende“ würde ein Klimawechsel geschaffen, der dazu führen würde, daß Insolvenzen zurückgehen und ein massenhafter Ansturm in die wirtschaftliche Selbständigkeit stattfinden würde.

Aber wie auf so vielen anderen Gebieten, so hat sich auch bei diesem Zweig der Wirtschaft die Wende als „Rolle rückwärts“ entpuppt. Die neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden müßten selbst den hartgesottesten Befürwortern von staatlich verordneten Optimismus zu denken geben. So waren im Jahre 1984 16.760 Konkurse zu verzeichnen, wobei in der Zeit von Januar bis Juli 1984 allein 9.761 Firmen schließen mußten. In der Zeit von Januar bis Juli 1985 sind es schon 11.064 Konkurse, eine Zunahme von 13,3 Prozent. Dabei haben sich alleine im Monat Juli 1985 zum Monat 1984 die Konkurse um 23,5 Prozent erhöht. Dabei ist zu befürchten, daß die Pleitewelle weiterrollt.

Diese Entwicklung sollte Anlaß zu großer Sorge sein. Das bisherige Pleitenrekordjahr 1982 wurde trotz konjunktureller Erholung, von den Jahren 1983 und 1984 nochmals übertroffen. Die jetzt vorliegenden Zahlen für 1985 lassen befürchten, daß die Bundesregierung nicht nur bei den Arbeitslosenzahlen, sondern auch bei der Zahl der Insolvenzen in diesem Jahr einen neuen und traurigen Rekord aufstellt.

Diese erschreckende Entwicklung der Insolvenzen sollte aber für uns kein Anlaß zur billigen Polemik oder zur Schadenfreude sein. Hinter diesen nüchternen statistischen Zahlen stehen Menschen mit ihren Schicksalen. Selbständige, die ihr Geschäft verloren haben und Mitarbeiter, für die der Unternehmenszusammenbruch Arbeitslosigkeit bedeutet.

Man kann es nur noch als skandalös bezeichnen, daß diese Bundesregierung sich nach wie vor beharrlich weigert, eine aktive Beschäftigungs- und Wachstumspolitik zu betreiben und immer noch auf die Selbstheilungskräfte des Marktes hofft.

Die von der Bundesregierung praktizierte Politik des dickfeiligen Aussitzens von Problemen gepaart mit einem durch nichts gerechtfertigten Optimismus hat sich schon für zu viele Bundesbürger als eine hochbrisante und oft genug als eine existenzzerstörende Mischung entpuppt.

(-/4.10.1985/vo-ha/rs)

+ + +



DOKUMENTATION

Vogel-Brief an AsF-Bundeskonzferenz: Aufgaben gemeinsam bewältigen

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Hans-Jochen Vogel, hat der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), die heute in Hannover beginnt, ein Grußwort übermittelt, das wir im Wortlaut veröffentlichen.

„Ich möchte zu den wichtigsten Themen der Konferenz einige inhaltliche Bemerkungen machen. Nach der Tagesordnung wird das Spannungsverhältnis zwischen Menschenwürde, wissenschaftlicher Forschung und technologischer Entwicklung und die humanen Grenzen des technisch Machbaren diskutiert werden. Dies erscheint dringend erforderlich, denn mittlerweile ist es nicht nur ein Alptraum, sondern eine realistische Möglichkeit, daß die Zeugung neuen menschlichen Lebens einer Art technischem Produktionsprozeß überantwortet wird, und eines Tages sogar menschliche Individuen in ihrer körperlichen Beschaffenheit und in ihren Charaktereigenschaften nach Bestellung angefertigt und geliefert werden. Damit würde der Mensch sich im existentiellen Kern seines Wesens zum Objekt der Technik degradieren. Eine solche Entwicklung darf nicht dem Selbstlauf überlassen bleiben. Sie muß vielmehr mit all ihren möglichen Folgen so rechtzeitig einer breiten Diskussion unterzogen werden, daß die Gemeinschaft falsche Weichenstellungen noch ändern kann.

Ein wichtiger Themenpunkt der Konferenz ist weiter die Zukunft der Arbeit, der unter dem Motto „Anders leben - anders arbeiten“ steht. Aus gutem Grund sind es ja gerade Frauen, die nach alternativen Lebensformen, nach gemeinschaftlichem Leben und Arbeiten, nach anderen Wegen der Lebensgestaltung suchen. Eure Fragen zielen auf eine Ordnung, die gerechter und menschlicher sein könnte als die, in der wir gegenwärtig leben. Einer Gesellschaft auch, die die Leistung des einzelnen nicht mehr nahezu ausschließlich an seiner Intelligenzleistung, an der technischen Fertigkeit und dem sozialen Durchsetzungsvermögen mißt, sondern auch menschlich wertvolle und gesellschaftlich wichtige Fähigkeiten wie Phantasie, Originalität, Kooperationsfähigkeit, moralische und soziale Empfindsamkeit berücksichtigt.



Die Konferenz wird sich ferner mit den aktuellen Schwierigkeiten der Frauen und insbesondere der jungen Frauen auf dem Arbeitsmarkt beschäftigen müssen. Einerlei, ob das Recht auf Arbeit in der Verfassung wörtlich formuliert ist - das Recht auf Arbeit ist jedenfalls ein moralisches und ein soziales Recht. Und dieses Recht ist schwer gefährdet. Ich werfe der derzeitigen Bundesregierung vor, nicht das ihr Mögliche zur Überwindung der Arbeitslosigkeit getan zu haben. Wichtige Teile dieser Bundesregierung haben die Arbeitslosigkeit sogar mißbraucht. Sie haben die Arbeitslosigkeit als Hebel für eine Politik der Umverteilung von unten nach oben und für eine Politik der sozialen Ungerechtigkeit benutzt, die in der Geschichte ohne Beispiel ist! Dieser Politik des sozialen Unrechts werden wir unsere sozialdemokratische Alternative entgegensetzen.

Auch erwarten die Frauen, gleichgültig, ob sie unserer Partei angehören oder nicht, zu Recht, daß wir Sozialdemokraten die entschiedensten Anwälte der Gleichstellung und der Gleichberechtigung sind. Für uns bleibt es dabei, daß die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu den wichtigsten Voraussetzungen von Gleichberechtigung gehört. Um die innerparteiliche Gleichstellung der Frauen zu erreichen, wurde mit dem Parteiratsbeschluß vom 16. September, der die stufenweise Gleichstellung der Frauen für Parteifunktionen und Mandate im nächsten Jahrzehnt vorsieht, ein entscheidender Schritt getan. Der Konferenzverlauf wird deutlich machen, daß dieser Beschluß keinen Endpunkt, sondern einen Zwischenschritt darstellt, der in der Realität nachvollzogen werden muß. Ebenso wie die Partei auf Eure kritische Unruhe angewiesen ist, um in dieser Frage voranzukommen, muß sie sich auf Eure sozialdemokratische Solidarität und Hilfe verlassen können, um die großen vor uns liegenden Aufgaben zu bewältigen und die Voraussetzungen für die erneute Übernahme der Regierungsverantwortung zu schaffen.“

(-/4.10.1985/v0-he/rs)

+ + +



Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

40. Jahrgang / 191

7. Oktober 1985

Thomas Schröder MdB, Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, zur Reaktion der Wende-Regierung auf die Ereignisse von Frankfurt: Kohl will Demonstrationstfreiheit einschränken. Seite 1

Dr. Jürgen Schmude MdB würdigt das neueste Buch von **Herbert Wehner**: Schlüssel zur Erkenntnis dieses ernsthaften Christen. Seite 3

Helmut Wiczorek MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages, zur Finanzpolitik der Bundesregierung: Umschichtung statt Konsolidierung. Seite 5

Kohl will Demonstrationstfreiheit einschränken

Wie die Wende-Regierung mit den Ereignissen in Frankfurt umgeht

Von **Thomas Schröder** MdB
Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Nach dem Tod eines Demonstranten in Frankfurt werden wieder Rufe nach einem Vermummungsverbot laut. Vor einer law-and-order-Mentalität kann nur gewarnt werden: Was die Regierungskoalition mit der Änderung des Paragraphen 125 Strafgesetzbuch (StGB) beabsichtigt, ist höchst fragwürdig.

Es bedarf nicht mehr als einer Glossierung des Berichtes des Rechtsausschusses des Bundestages über den Ablauf der Beratungen über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Paragraphen 125 StGB, um die Fragwürdigkeit dieses christliberalen Unterfangens zu verdeutlichen.

So stellt der Bericht freimütig fest, bei der öffentlichen Anhörung des Rechtsausschusses hätten sich von 23 erschienenen Sachverständigen ganze fünf für den Regierungsentwurf ausgesprochen.

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed on recycled
and sulphate-free
European Paper

